

CDU-Kreisvorstand zur Klimadiskussion: „Kreis Unna ist kein Notstandsgebiet!“



CDU -
Kreisvorsitzender
Marco Morten Pufke

Die Christdemokraten haben sich am Dienstag in ihrer turnusmäßigen Kreisvorstandssitzung intensiv mit den mittlerweile in fast allen Kommunen des Kreises vorliegenden Anträgen zur Ausrufung des „Klimanotstandes“ auseinandergesetzt.

„Klar ist, dass der Klimawandel auch den Kreis Unna betrifft und dass die Folgen spürbar werden. Die Bewegung „Fridays for Future“ formuliert ohne Frage ein berechtigtes Anliegen“, so Marco Morten Pufke, Vorsitzender der CDU Kreis Unna.

Die Bezeichnung „Notstand“ lehnen die Christdemokraten jedoch ab. „Von einem Notstand kann nicht die Rede sein. Das ist ein klar definierter Begriff“, erläutert Pufke. „Nimmt man die Ausrufung ernst, dann müssen sofort drastische Maßnahmen ergriffen werden.“ So wären zum Beispiel Energiefresser wie

Schwimmbäder oder Eishallen, über deren Modernisierung bzw. Neubau aktuell diskutiert wird, mit Blick auf ihre Klimaschädlichkeit sofort vom Tisch.

Die Ausrufung des Klimanotstandes als symbolischer Akt sei hingegen reine Augenwischerei. „Das kann doch nicht der Weg sein. Man könnte den Eindruck haben, dass dieser Ausdruck von den Initiatoren bewusst gewählt wurde, um in der Bevölkerung Ängste zu schüren“, meint Annika Dresen, stellvertretende Kreisvorsitzende aus Werne.

Angst ist aus Sicht des CDU-Kreisvorstandes kein guter Ratgeber. Daher setzen die Politiker auf Vernunft und Verantwortungsbewusstsein. Dazu Dresen: „Es sollte alles getan werden, was effizient ist. In den vergangenen Jahren ist im Kreis Unna ja bereits viel erreicht worden. Öffentliche Gebäude wurden für viel Geld unter energetischen Gesichtspunkten saniert, der ÖPNV und auch der Radverkehr ausgebaut.“

„Symbolpolitik lehnen wir ab. Die führt selten zum Ziel. Sinnvolle Maßnahmen und Entscheidungen mit Maß und Mitte begrüßen wir ausdrücklich“, fasst Marco Morten Pufke die Position der CDU im Kreis Unna zusammen. Ein entsprechender Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wurde bereits am 2.7.19 im Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen und wird nun von der Kreisverwaltung umgesetzt.